Vorprüfung der Umweltverträglichkeit

Bei folgendem Bauvorhaben wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 i.V.m. § 9 Abs. 4 und § 7 Abs. 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Neufassung vom 24.02.2010 (BGBI. I S. 94) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.03.2021 (BGBI. I S. 540) geprüft.

Aktenzeichen: 11-gla-06180-22

Antragsteller: Vierte Bürgerwind GmbH

Baugrundstück: Glandorf, ~ Gemarkung: Averfehrden

Flur: 14 Flurstück(e): 137,138

Beantragung einer befristeten Ausnahme gem. § 31k BImSchG hier: Aussetzung der Schattenwurfabschaltung und Erhöhung des Schallleistungspegels der WEA 1 auf 105,7 dB(A) im Windpark Glandorf

Bei der Art des Vorhabens handelt es sich um eine zeitlich befristete Ausnahme zur Aussetzung der Schattenwurfabschaltung an der WEA 1 sowie zur Erhöhung des Schallleistungspegels der WEA 1 im Windpark Glandorf. Bei dem Standort des Windparks handelt es sich planungsrechtlich um den Außenbereich. Vorhabenträgerin ist die Vierte Bürgerwind GmbH.

Da im ursprünglichen Genehmigungsverfahren bereits eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchgeführt wurde, war für das Vorhaben gemäß der §§ 9 Abs. 1 Nr. 2, 9 Abs. 4 und 7 Abs. 1 i.V.m. der Nr. 1.6.3 der Anlage 1 des UVPG eine allgemeine UVP-Vorprüfung durchzuführen. Die Prüfung hat ergeben, dass aus den nachfolgend aufgeführten Gründen die Durchführung einer UVP für das Vorhaben nicht erforderlich ist.

Gemäß Nr. 3 der Anlage 3 des UVPG sind die möglichen Auswirkungen eines Vorhabens auf die Schutzgüter zu beurteilen. Für die Schutzgüter Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt, Fläche, Wasser, Klima und Luft, Landschaft sowie kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter können erhebliche Umweltauswirkungen durch das geplante Vorhaben ausgeschlossen werden.

Die beantragte Abweichung hat zur Folge, dass sich der nächtliche Schallleistungspegel der WEA 1 von 105,0 dB(A) auf 105,7 dB(A) erhöht, was insgesamt zu einem leichten Anstieg der Schallimmissionen an den Immissionsorten (IO) führt. Des Weiteren wird durch die Abweichung zugelassen, dass die Beschränkungen zur täglichen und jährlichen Schattenwurfbeschränkung von 30 min/Tag und 30 Std./Jahr entfallen und es somit zu weiteren Lichtimmissionen an dem Immissionsorten (IO) kommen kann.

Die Richtwerte entsprechend der TA Lärm für den Tageszeitraum (hier 60 dB(A) für IO im Außenbereich) werden weiterhin eingehalten. Die Erhöhung des Schallleistungspegels an der WEA 1 zur Nachtzeit führt zu einer Erhöhung von 0,6 – 0,8 dB(A) an den einzelnen IO. Unter Berücksichtigung aller im Windpark vorhandenen WEA führt dies insgesamt zu einer leichten Überschreitung der Richtwerte. Gem. § 31 k Abs. 1 Nr. 2 BImSchG ist eine Erhöhung des Schallpegels der Anlage um maximal 4 dB(A) zulässig. Der Schallleistungspegel der WEA 1 erhöht sich hier um 0,7 dB(A) und liegt somit innerhalb des Zulässigkeitsbereichs. Belästigender Schattenwurf entsteht bei Sonnenschein. Zu beachten ist allerdings, dass die Sonne nicht immer im perfekten Winkel zu jedem betroffenen IO steht, sodass es nicht grundsätzlich bei Sonnenschein zu Beeinträchtigungen durch Schattenwurf kommt.

Da die Abweichung zeitlich bis zum 15.04.2023 (oder beim Entfall der Alarmstufe oder der Notfallstufe auch schon früher) beschränkt ist, sind erhebliche Auswirkungen auf dieses Schutzgut nicht anzunehmen. Es handelt sich zwar um eine temporäre Mehrbelastung der Anwohner, die

allerdings im Verhältnis zur bundesweiten Energiekrise für einen befristeten Zeitraum zurücksteht.

Es liegen daher insgesamt keine erheblichen Umweltauswirkungen vor.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Osnabrück, den 15.12.2022

Landkreis Osnabrück Die Landrätin Fachdienst Planen und Bauen i. A. Pforte